

## Die peruanische Regierung steht vor ihrer bisher größten Herausforderung

**Peru war in den vergangenen Monaten immer wieder in den internationalen Schlagzeilen. Mitte August aufgrund der verheerenden Erdbebenkatastrophe und zuletzt im September des Jahres, als der frühere peruanische Staatspräsident Alberto Fujimori (1990-2000) von der chilenischen Justiz an Peru übergeben wurde. Damit hatte der Oberste Gerichtshof Chiles dem seit zwei Jahren bestehenden Auslieferungsgesuch der peruanischen Regierung stattgegeben.**

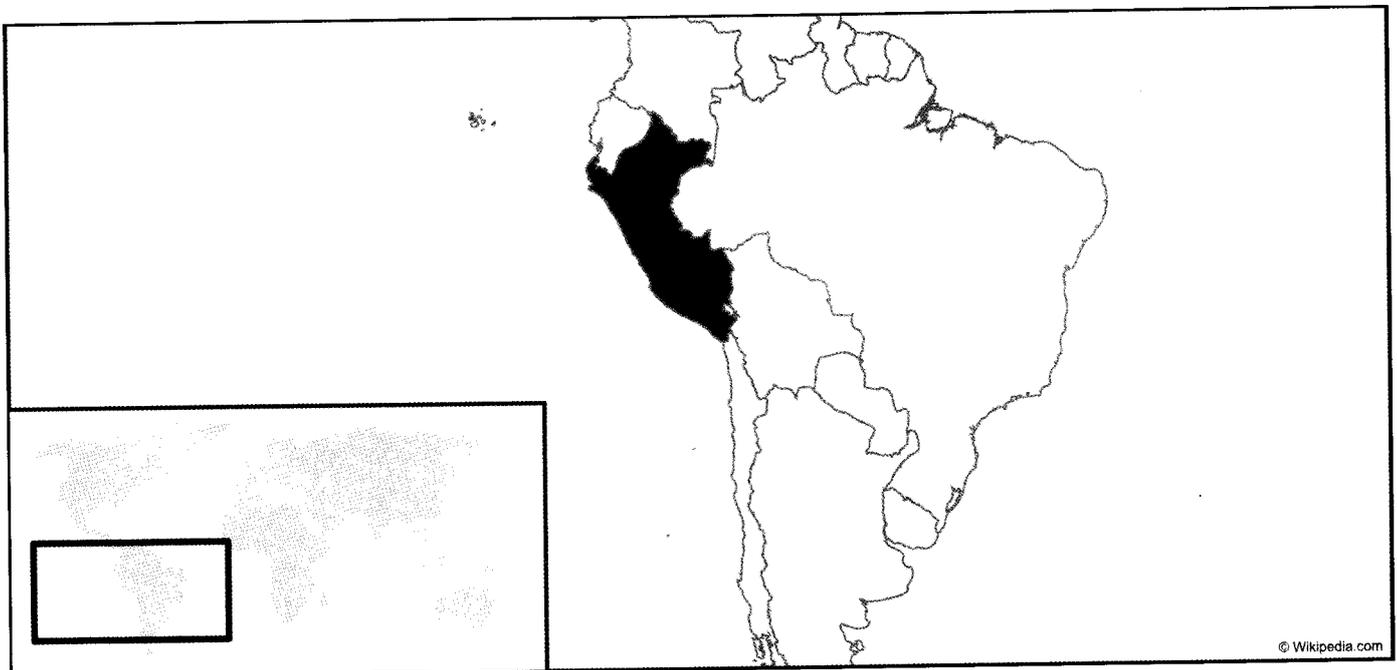
Fujimori war im November 2000 überstürzt nach Japan geflohen und von dort aus von seinem Amt zurückgetreten. Die peruanische Justiz hatte ihm zuvor in 22 Fällen Mord, schwere Körperverletzung, Verschwindenlassen von Personen und Korruption vorgeworfen. In vielen Fällen handelte es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im November 2005 versuchte er über Chile nach Peru zurückzukehren, um dort erneut an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen, wurde jedoch von den chilenischen Behörden wegen eines internationalen Haftbefehls Perus festgenommen. Seither beantragte Peru wiederholt seine Auslieferung, was jedoch von der chilenischen Justiz aufgrund mangelnder Beweise lange abgelehnt wurde. Der oberste Gerichtshof in Chile entschied nun in letzter Instanz, fünf Klagen wegen Korruption und zwei wegen Menschenrechtsverbrechen zuzulassen. Um eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Peru zu vermeiden, hat Chile der Auslieferung Fujimoris zugestimmt. Sollte es jetzt zu einem Prozess kommen, droht ihm eine Haftstrafe zwischen 15 und 35 Jahren. Je nach Ausgang

des Verfahrens könnte es ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Straflosigkeit in Peru sein. Dem amtierenden Präsidenten Alan García dürfte das Gerichtsverfahren hingegen eher ungelegen kommen. Aufgrund seiner umstrittenen ersten Amtsperiode (1985-1990) gerät er nun selbst in den Fokus der Ermittlungen, da auch aus dieser Zeit Fälle von Korruption und Menschenrechtsverletzungen bekannt sind. Außerdem sind García und seine APRA-Partei im Parlament auf die Unterstützung der Parlamentarischen Gruppe um Fujimori („Alianza por el Futuro, Allianz für die Zukunft“) angewiesen, die nun aus Verärgerung über den Fujimori-Prozess bereits damit droht, ihm diese zu entziehen.

Der amtierende Präsident und Sozialdemokrat Alan García hatte im Juli 2006 mit dem Versprechen einer umfassenden Erneuerung des Landes zum zweiten Mal die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Im Rahmen der von ihm im Vorfeld angekündigten „sozialen Revolution“ sollte die Wirtschaft des Andenstaates gestärkt und die Bevölkerung aus der Armut

geführt werden. Eine Senkung der Armutszahlen konnte er in der ersten Hälfte seiner Amtszeit jedoch bislang nicht erreichen. Vielmehr beherrschten andere Themen die politische Agenda. Neben der Debatte um den Prozess gegen den Ex-Präsidenten Fujimori, waren die von ihm vorgeschlagene Wiedereinführung der Todesstrafe und eine stärkere Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen (NRO's) im Gespräch.

Am Anfang seiner Regierungszeit rief Alan García mit seiner Kampagne zur Wiedereinführung der Todesstrafe wegen Kindesmissbrauch mit Todesfolge und für den Tatbestand des „Terrorismus“ kontroverse Diskussionen hervor. In regierungskritischen Kreisen wurde sogar die Vermutung laut, dass es sich bei dieser Forderung allein um ein wahltaktisches Manöver gehandelt habe, denn der entsprechende Gesetzentwurf wurde immerhin laut Meinungsumfragen von fast 70 Prozent der peruanischen Bevölkerung unterstützt. Er scheiterte jedoch im Januar dieses Jahres am Veto des Parlaments. Dafür sorgten nicht zuletzt das hohe Maß an internati-



© Wikipedia.com



onaler Kritik und die Tatsache, das eine Verfassungsänderung und der Austritt Perus aus dem Interamerikanischen Pakt von Costa Rica über die Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte, Voraussetzung für die Verabschiedung des Gesetzes gewesen wären. Deshalb kann es auch nicht verwundern, dass diese Kampagne besonders von der Regierungspartei APRA und der Parlamentarischen Gruppe um Fujimori gestützt wurde. Durch eine Aufkündigung internationaler Menschenrechtsabkommen könnten die laufenden Prozesse wegen Menschenrechtsverletzungen sowohl gegen García, als auch gegen Fujimori auf Eis gelegt werden. Trotz des vorläufigen Scheiterns seiner Initiative vor dem Parlament, setzt García seine Bemühungen in diese Richtung fort und forderte zuletzt die Durchführung eines Referendums. Damit würde die Entscheidung über das Gesetz aus dem Parlament auf die Straße verlagert werden.

Ähnliche Tendenzen zur Einschränkung der freiheitlich-demokratischen Grundprinzipien lassen sich auch bei dem zeitgleich von García und seiner APRA-Partei eingebrachten und später vom peruanischen Kongress verabschiedeten Gesetzentwurf zur stärkeren staatlichen Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen erkennen. Die rund 3.000 im Land aktiven NRO's müssen sich nun nicht mehr nur den ohnehin schon gängigen Kontrollen durch die nationale Steuer-

behörde und das Arbeitsministerium unterwerfen, sondern sind zusätzlich verpflichtet, sich in ein Register einzutragen und alle ihre Aktivitäten und Projekte durch die Staatsbehörde für Internationale Kooperation (ACPI) billigen zu lassen. Traditionell spielen die NRO's in Peru eine wichtige Rolle. Nicht nur bei der Durchsetzung der Menschenrechte und der Einführung von Sozial- und Umweltstandards im Bergbausektor, sondern auch bei der Aufarbeitung der Zeiten des internen Krieges zwischen der Regierung und der Guerillaorganisation „Leuchtender Pfad“ („Sendero Luminoso“) und der Menschenrechtsverletzungen unter Fujimori. Eine wichtige Funktion hatten verschiedene NRO's auch bei der Unterstützung und Ermutigung der Arbeit der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission übernommen, die maßgeblich zur Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit in Peru beiträgt. Wie schon bei dem Gesetz über die Todesstrafe sitzen García und Fujimori auch im Fall der NRO's wieder in einem Boot: Die Revision des Gesetzes geht vor allem auf eine Allianz zwischen der Regierungspartei APRA und der Parlamentarischen Gruppe um Fujimori zurück. Immerhin konnte durch Proteste peruanischer und internationaler Organisationen eine noch schärfere Fassung des Gesetzes verhindert werden. Trotzdem bleibt eine verstärkte Abwanderung peruanischer Nichtregierungsorganisationen in andere Länder bzw. eine zunehmende Blockade ihrer Aktivitäten in der Zukunft

zu befürchten.

Der Lateinamerikabeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion beobachtet all diese Entwicklungen aufmerksam. Die peruanische Justiz steht im Fujimori-Fall nun vor einer sehr verantwortungsvollen Aufgabe und ihrer bisher größten Herausforderung. Nicht nur im Interesse der peruanischen Rechtstaatlichkeit und der Angehörigen der Opfer bleibt zu hoffen, dass das Verfahren zügig betrieben und ein gerechtes Urteil gefällt wird. Wichtig ist dabei vor allem, dass der Gerichtsprozess fair und unabhängig gestaltet wird, denn die politischen und ökonomischen Auswirkungen des Falles Fujimori können für Peru sehr gravierend sein. Im Hinblick auf die Bekämpfung der Straflosigkeit könnte dieses Verfahren für ganz Lateinamerika eine Signalwirkung entfalten.

**Lothar Mark MdB mit Claudia Jaekel und Mariella Llontop**

*(Lothar Mark ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Berichterstatter für Lateinamerika, die Karibik, Spanien, Portugal, Andorra, Italien, Malta, San Marino, Vatikan, Griechenland und Zypern im Auswärtigen Ausschuss und Lateinamerikabeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion. Claudia Jaekel und Mariella Llontop waren Praktikantinnen im Büro von Lothar Mark von August bis Oktober 2007.)*